



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Av. Beauregard 1
CH – 1700 Freiburg

Kantonale Volksabstimmungen vom 28. Februar 2016

Die Ergebnisse

Votations cantonales du 28 février 2016

Les résultats

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

Übersicht / Aperçu

Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:



BS: Grossratsbeschluss betreffend Änderung der Kantonsverfassung (Erweiterung parlamentarisches Instrumentarium)



GE: Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Organe de révision des comptes de l'Etat)



LU: Volksinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik»



NE: Décret portant modification de la Constitution de la République et Canton de Neuchâtel (Cst. NE) (Transports).



ZH: Kantonale Volksinitiative «Für die öffentliche Bildung (Bildungsinitiative)»

Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :



BE: Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (Krankenkassen-Prämienverbilligung): Hauptvorlage und Eventualantrag (Fak.)



GE: Loi modifiant la loi générale sur le logement et la protection des locataires (Fac.)



GE: Loi modifiant la loi d'application de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LaLAMal)(Art. 22) (Fac.)



GE: Loi modifiant la loi sur les prestations complémentaires cantonales (LPCC) (Art. 5) (Fac.)



JU: Loi sur l'Office des véhicules (LOVJ) (Fac.)



SH: Revision des Spitalgesetzes (Neuregelung der Zuständigkeiten für die Liegenschaften der Spitäler Schaffhausen) (Oblig.)



SH: Grundsatzbeschluss betreffend das Verfahren zur Reorganisation des Kantons Schaffhausen und seiner Gemeinden (Oblig.) (Beide Varianten abgelehnt)



TI: Legge sull'apertura dei negozi (fac.)



ZH: Notariatsgesetz (NotG) (Änderung; Reduktion der Grundbuchgebühren) (Fak.)



ZH: Verwaltungsrechtspflegegesetz (Änderung; Straffung von Rekurs- und Beschwerdeverfahren) (Fak.)

Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :



AG: Aargauische Volksinitiative «Weg mit dem Tanzverbot!»



BS: «Neue Bodeninitiative (Boden behalten und Basel gestalten!)»



BS: Initiative «für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer in der Sekundarschule»



GE: Initiative populaire «Pas de cadeaux aux multinationales : Initiative pour la suppression des allègements fiscaux»
et
Loi modifiant la loi sur l'imposition des personnes morales (Contreprojet)



ZH: Kantonale Volksinitiative zur Durchsetzung der minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen (Lohndumping-Initiative)

Konkordate / Concordats :



SZ: Beitritt zur Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil (Oblig.)

Finanzreferendum / Référendum financier :



BE: Ausführungskredit für den Neubau für die Rechtsmedizin und die klinische Forschung der Universität Bern an der Murtenstrasse 20 – 30 in Bern (CHF 141.6 Mio.) (Fak.)



GE: Loi ouvrant un crédit d'ouvrage pour la reconstruction d'un bâtiment de stationnement de troupe sur le site de Meyrin-Mategnin contribuant à la libération du site des Vernets pour la construction de logements (CHF 20'869'000.-) (Fac.)



Ville de Genève: Ouverture de crédits destinés à la restauration et à l'agrandissement du Musée d'art et d'histoire (CHF 131'421'500.-) (Fac.)



SO: Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aare: Bewilligung eines Verpflichtungskredites (CHF 18.8 Mio.)



UR: Kredit für die Erweiterung des Berufs- und Weiterbildungszentrums Uri (bwz uri) (CHF 8.3 Mio.)

Im Detail / Dans le détail

AG



Aargauische Volksinitiative «Weg mit dem Tanzverbot!»

vom 10. Oktober 2014

Stimmbeteiligung

NEIN (51.84%)
61.47 %

Die Initiative fordert eine Verlängerung der Öffnungszeiten von Gastwirtschaftsbetrieben an bestimmten christlichen Feiertagen

An bestimmten christlichen Feiertagen gelten im Kanton AG für die Öffnungszeiten von Gastwirtschaftsbetrieben Einschränkungen: An Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, am Eidgenössischen Dank-, Buss- und Bettag, am Weihnachtstag sowie am jeweils darauf folgenden Tag sind die Gastwirtschaftsbetriebe um 00.15 Uhr zu schliessen. Dies gilt auch für Kultur-, Konzert oder andere Lokale (etwa Tanzlokale, Clubs und Bars) mit Bewirtung.

Der Gemeinderat darf nach geltendem Recht an diesen Tagen keine Verlängerung der Öffnungszeiten bewilligen.

Was würde sich bei Annahme der Initiative ändern?

Im Falle einer Annahme der Initiative würde die allgemeine Regel eingeführt, wonach Gastwirtschaftsbetriebe an Sonn- und Feiertagen bis 02.00 Uhr des darauffolgenden Tages geöffnet bleiben dürfen. Zudem sieht die Initiative die Möglichkeit einer Bestimmung für Gemeinden vor, die Verlängerung der Öffnungszeiten über 02.00 Uhr hinaus zu bewilligen.

Warum kein Gegenentwurf?

Am 4. November 2014 überwies der Grosse Rat eine Motion an den Regierungsrat betreffend «Abschaffung der geltenden Einschränkungen der Öffnungszeiten von Gastwirtschaftsbetrieben an bestimmten christlichen Feiertagen». Die Motion verlangt, dass dem Gemeinderat erlaubt wird, an christlichen Feiertagen und am darauffolgenden Tag Verlängerungen der Öffnungszeiten für

Gastwirtschaftsbetriebe zu bewilligen.

Der einzige Unterschied zwischen Motion und Initiative liegt darin, dass die Motion eine Verlängerung der Öffnungszeiten zwischen 00.15 Uhr und 02.00 Uhr durch eine Bewilligung im Einzelfall vorsieht, während die Initiative eine generelle Verlängerung für alle Gastwirtschaftsbetriebe erlaubt. Jedoch sieht sowohl die Initiative als auch die Motion vor, dass eine Verlängerung der Öffnungszeiten über 02.00 Uhr hinaus einer Bewilligung im Einzelfall bedarf.

Thematisch hätte die in der Motion vorgesehene Regelung in Form eines Gegenvorschlags gleichzeitig mit der Volksinitiative zur Abstimmung gebracht werden können. Dass auf die Vorlage eines Gegenvorschlags verzichtet wurde, liegt nach Ausführung des Regierungsrats daran, dass die Ausarbeitung der notwendigen Gesetzesänderung nicht innerhalb der Frist möglich gewesen sei, innert welcher ein Initiativbegehren zur Abstimmung gebracht werden muss. Einer Verlängerung der Frist hat das Initiativkomitee nicht zugestimmt.

Für den Fall einer Annahme der Initiative, würde die überwiesene Motion hinfällig. Sollte die Initiative hingegen abgelehnt werden, würde umgehend die Umsetzung der Motion vorangetrieben und die notwendige Gesetzesänderung erarbeitet.

Als Argumente für die Initiative führen deren Initiantinnen und Initianten Folgendes an: Die Öffnungszeiten sollten gerade an freien und verlängerten Wochenenden wie Pfingsten nicht übermässig eingeschränkt werden. Die Polizei habe des Weiteren wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als das geltende Verbot durchzusetzen. Zudem schade die Einschränkung den Gastronomie- und Tanzbetrieben, weil Nachtschwärmerinnen und Nachtschwärmer in Nachbarkantone auswichen. Darüber hinaus sei der Aargau einer der wenigen Kantone, in denen das heute geltende Verbot überdauert habe.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



BE

- 1. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (Krankenkassen-Prämienverbilligung):**
- | | |
|---------------------------|---------------------|
| Hauptvorlage | NEIN (54.4%) |
| und Eventualantrag | NEIN (63.5%) |
| Stimmbeteiligung | 50.4% |

Das Berner Prämienverbilligungsgesetz legt fest, dass zwischen 25 und 45 Prozent der Bevölkerung des Kantons Bern eine staatlich finanzierte Prämienverbilligung erhalten sollen. Kernpunkt der Gesetzesrevision ist die Frage, ob diese Zielvorgabe zu erhalten ist oder nicht. Der Grosse Rat hat beschlossen, eine Hauptvorlage und einen Eventualantrag zur Abstimmung vorzulegen. Während die Hauptvorlage vorsieht, die Zielvorgabe aus dem Gesetz zu streichen, schlägt der Eventualantrag vor, die erwähnte Vorgabe im Gesetz zu belassen, darüber hinaus aber den Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligungen der jährlichen Kostenentwicklung der Krankenkassen anzupassen.

Ausgangslage:

Auf Grund der angespannten Finanzlage hat der Regierungsrat des Kantons Bern im Jahr 2012 eine umfassende Angebots- und Strukturüberprüfung mit der Zielsetzung eingeleitet, einen nachhaltigen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu erreichen. Das entsprechende Massnahmenpaket wurde vom Grossen Rat in der November-Session 2013 beschlossen.

Teil des beschlossenen Massnahmenpakets war die Kürzung der Mittel für die Verbilligung der Krankenkassenprämien. Von dieser Kürzung nicht betroffen war der Bundesbeitrag, welcher gestützt auf die Bruttokosten der obligatorischen Krankenversicherung, die Wohnbevölkerung und die Anzahl der Versicherten pro Kanton festgelegt wird. In Anwendung des Massnahmenpakets wurden im Jahr 2014 im Kanton Bern Verbilligungsbeiträge von insgesamt rund CHF 343 Mio. an rund 227'000 Bezügerinnen und Bezüger entrichtet.

Was ist ein Eventualantrag?

Mit einem Eventualantrag kann der Grosse Rat einer Vorlage (Hauptvorlage) eine Variante gegenüberstellen. Macht er von dieser Möglichkeit Gebrauch, so kann von Seiten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger kein eigener Gegenvorschlag mehr eingereicht werden. Für den Fall, dass gegen die Hauptvorlage das Referendum ergriffen wird, wie dies im Vorfeld der Abstimmung am 28. Februar über die Krankenkassen- und Prämienverbilligung geschehen ist, so sind dem Stimmvolk Hauptvorlage und Eventualantrag gleichzeitig vorzulegen.

Wie läuft die Abstimmung ab?

Beim zu ändernden Gesetz gelangen zwei Varianten zur Abstimmung, die Hauptvorlage und der Eventualantrag. Auf ihrem Stimmzettel können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Hauptvorlage und den Eventualantrag unabhängig voneinander annehmen oder ablehnen. Sie können also auch beiden Varianten zustimmen oder beide ablehnen. Zusätzlich enthält der Stimmzettel eine sogenannte Stichfrage. Mit dieser können die Stimmberechtigten angeben, welcher Variante sie den Vorzug geben wollen, falls in der Abstimmung beide angenommen werden sollten. Die Stimmberechtigten können die Stichfrage auch dann beantworten, wenn sie beide Varianten ablehnen. Im Ergebnis bedeutet dies für den Fall, dass beide Varianten gleich viele Stimmen erhalten, dass sich die Variante durchsetzt, welche in der Stichfrage am meisten Stimmen bekommen hat. Sollten beide Varianten abgelehnt werden, so bleibt weiterhin das geltende Gesetz in Kraft.

Der Regierungsrat erklärt, dass eine Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung aus verschiedenen Gründen vorgenommen werden muss. Unbestritten war dabei im Grossen Rat, dass gewisse Anpassungen aufgrund von Änderungen im übergeordneten Bundesrecht und im kantonalen Recht sowie die Aktualisierung des Gesetzes in einigen wenigen Punkten nötig sind. Anlass zu Diskussionen gab hingegen die Vorgabe im geltenden Gesetz, wonach 25 bis 45 Prozent der Bevölkerung von einer Prämienverbilligung profitieren sollen (Leistungsziel).

Für die Streichung dieses Leistungsziels aus dem Gesetz wurde im Grossen Rat einerseits angeführt, dass wegen des Sparbeschlusses künftig weniger Mittel für die Verbilligung der Prämien der obligatorischen Krankenversicherung zur Verfügung stünden. Soll auch weiterhin mindestens ein Viertel der Bevölkerung eine Prämienverbilligung erhalten, müssten die einzelnen Prämienverbilligungsbeiträge stark gesenkt werden, um die Vorgaben des Sparbeschlusses zu erfüllen. Eine spürbare Entlastung für die einzelnen Bezügerinnen und Bezüger von Prämienverbilligungen sei damit nicht

möglich.

Andererseits wurde im Grossen Rat argumentiert, dass das Leistungsziel (25 bis 45 Prozent der Bevölkerung) nicht dem Anteil der Bevölkerung entspricht, der tatsächlich in bescheidenen finanziellen Verhältnissen lebt und daher auf eine Prämienverbilligung angewiesen ist. Aus diesen beiden Gründen hat der Grosse Rat im Januar 2015 beschlossen, das Leistungsziel aus dem Gesetz zu streichen.

Gegen diesen Beschluss hat ein Referendumskomitee Unterschriften gesammelt, weshalb es zur aktuellen Volksabstimmung kommt.

Bei der Abstimmung können die Stimmberechtigten dabei auch über eine andere Variante (den Eventualantrag) befinden. Diese Variante sieht nicht nur die Beibehaltung des Leistungsziels vor, sondern darüber hinaus eine jährliche Anpassung des Kantonsbeitrags für die Prämienverbilligung anhand der Entwicklung der Kosten der Krankenkassen (Indexierung).

Aus den dargelegten Argumenten lassen sich drei mögliche Positionen ableiten:

Unterstützung der Hauptvorlage: Gemäss der Hauptvorlage wäre es besser, die vorhandenen finanziellen Mittel auf weniger Bezügerinnen und Bezüger zu verteilen. Damit würden die Prämienverbilligungen auch tatsächlich eine finanzielle Entlastung bewirken.

Unterstützung des Eventualantrags: Laut Eventualantrag soll das Sozialziel beibehalten werden und fortan gelten, dass wenn die Krankenkassenkosten steigen, auch der Kantonsanteil zu steigen habe. Deshalb sei eine Indexierung des Kantonsbeitrags sinnvoll.

Keine Unterstützung der beiden Varianten: Personen, die weder die Hauptvorlage noch den Eventualantrag unterstützen, vertreten die Auffassung, dass sowohl die Indexierung des Kantonsbeitrages für die Prämienverbilligungen wie auch die ersatzlose Streichung des Sozialziels negative Folgen haben und sozialpolitisch falsch sind.

2. Ausführungskredit für den Neubau für die Rechtsmedizin und die klinische Forschung der Universität Bern

Stimmbeteiligung

JA (72.2%)
54.4%

In unmittelbarer Nähe des Inselspitals in Bern soll ein Neubau für das Institut für Rechtsmedizin und das Departement Klinische Forschung der Universität Bern erstellt werden. Ziel des Neubaus ist es, die dringend benötigten Räumlichkeiten für die moderne medizinische Forschung und die Rechtsmedizin bereitzustellen.

Der Grosse Rat hat mit 139 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen einen Ausführungskredit von CHF 141.6 Mio. für das erwähnte Bauvorhaben bewilligt. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen.

Nach Ansicht des Referendumskomitees habe das geplante Projekt keinen Nutzen für die Gesundheitsversorgung der Berner Bevölkerung. Daneben befürchtet das Referendumskomitee, dass mit einer Ausweitung der Forschung tendenziell auch die Nachfrage nach Versuchstieren steigt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Botschaft](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

1. Grossratsbeschluss vom 9. September 2015 betreffend

Änderung der Kantonsverfassung vom 23. März 2005

(Erweiterung parlamentarisches Instrumentarium)

Stimmbeteiligung

JA (66.69%)

68.36%

Mit einer Motion kann der Grosse Rat den Regierungsrat beauftragen, einen Entwurf für ein neues Gesetz sowie eine Änderung der Verfassung oder eines Gesetzes vorzulegen. Durch eine Änderung der Kantonsverfassung soll es dem Parlament ermöglicht werden, mit einer Motion dem Regierungsrat auch verbindliche Aufträge zu erteilen, sofern diese von Gesetzes wegen den Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates betreffen. Hingegen sollen Motionen auch weiterhin nicht möglich sein, wenn sie Zuständigkeiten des Regierungsrates berühren, welche durch die Verfassung begründet sind.

Der Regierungsrat stellt fest, dass in den Kantonen Kompetenzverschiebungen von der Legislative hin zur Exekutive beobachtet werden können. Er erklärt das Phänomen dadurch, dass das Milizparlament als Volksvertretung einer professionellen Verwaltung gegenüberstehe. Daraus ergebe sich ein Ungleichgewicht zwischen den beiden Gewalten.

Aus diesem Grund setzt sich der Grosse Rat des Kantons BS für eine Stärkung des Parlaments ein und hat den Entschluss gefasst, das Motionsrecht zu erweitern. Neu soll der Grosse Rat mit einer Motion vom Regierungsrat verbindlich verlangen können, gewisse Massnahmen umzusetzen. Der Regierungsrat erklärt, dass im Sinne eines Kompromisses der Vorschlag zur Verfassungsänderung vorsehe, dass sich Motionen zur Umsetzung von Massnahmen nicht auf Zuständigkeiten des Regierungsrates beziehen dürfen, welche dem Regierungsrat durch die Verfassung zugewiesen werden.

Auch wenn der Regierungsrat grundsätzlich keinen zwingenden Handlungsbedarf für eine Überarbeitung der parlamentarischen Instrumente sieht, kann er das Anliegen des Grossen Rates nachvollziehen. Gemeinsam mit dem Grossen Rat empfiehlt er deshalb den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Änderung der Kantonsverfassung zu befürworten.

Warum findet eine Volksabstimmung statt? Zur Erweiterung des Motionsrechts sind eine Änderung der Kantonsverfassung sowie eine Gesetzesänderung notwendig. Änderungen der Kantonsverfassung sind im Kanton BS im Rahmen des obligatorischen Referendums dem Stimmvolk zur Abstimmung zu unterbreiten. Die ebenfalls vom Grossen Rat beschlossene Gesetzesänderung wird bei Annahme der Verfassungsänderung publiziert und unterliegt hingegen nur dem fakultativen Referendum.

2. «Neue Bodeninitiative (Boden behalten und Basel gestalten!)»

Stimmbeteiligung

JA (66.88%)

68.36%

Die Initiative fordert, dass Immobilien, die im Kanton Basel-Stadt liegen und im Eigentum der Einwohnergemeinde Basel oder des Kantons sind, grundsätzlich nicht verkauft werden dürfen. Ein Verkauf soll nur dann zulässig ist, wenn sich der Immobilienbestand im Eigentum des Kantons oder der Einwohnergemeinde Basel über einen Zeitraum von fünf Jahren nicht verringert.

Die «Neue Bodeninitiative» fordert, Immobilien im Eigentum des Kantons oder der Einwohnergemeinde Basel nicht mehr zu veräussern.¹ Der Regierungsrat erklärt, dass Verkäufe hingegen möglich blieben, solange sie durch Zukäufe ausgeglichen würden. Ziel der Initiative sei es, nutzbare Flächen für Erholung, Wohnbauten sowie Gewerbe- und Industriebetriebe langfristig zu sichern.

Die Befürworterinnen und Befürworter der Initiative argumentieren, in Basel sei das Angebot an Grundstücken knapp und die Preise stiegen laufend. Die Initiative wolle deshalb verhindern, dass Grundstücke im Eigentum des Kantons oder der Einwohnergemeinde Basel, welche zusammen rund 40 Prozent der Kantonsfläche ausmachten, an Anlagefonds oder Grossinvestoren verkauft würden. Anstatt die Grundstücke zu verkaufen, solle die Kantonsregierung die Immobilien zur Nutzung im Baurecht abgeben. Dieses hätte im Kanton BS eine lange Tradition und sichere dem Kanton langfristig höhere Einnahmen als einmalige Verkäufe.

Die Gegnerinnen und Gegner der Initiative widersprechen der Argumentation des Initiativkomitees. Um die Bestimmungen der Initiative zu erfüllen, wäre der Kanton unter bestimmten Umständen gezwungen, Immobilien unabhängig von der Situation auf dem Immobilienmarkt zu kaufen. Dies führe zu einem höheren finanziellen Aufwand. Der Kanton müsse die Möglichkeit haben, unter denselben Bedingungen wie private Akteure agieren zu können. Nur so sei es für den Kanton möglich, Immobilien zu erwerben, die für die Entwicklung des Wohnangebots in Basel von Bedeutung sind. Es entspreche schon heute der Praxis des Kantons, nur diejenigen Immobilien zu verkaufen, deren Abgabe im Baurecht schwerfalle und für die der Kanton nicht der richtige Eigentümer sei.

Eine Abstimmung ohne Abstimmungsempfehlung?

Das Gesetz betreffend Initiative und Referendum² sieht in § 18 Abs. 3 Bst. a folgendes vor:

³ Dabei entscheidet der Grosse Rat, die Initiative entweder

- a) sofort dem Volk ohne Empfehlung und nicht mit einem Gegenvorschlag vorzulegen oder
- b) sie dem Regierungsrat oder einer Grossratskommission zur Berichterstattung zu überweisen.

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 09.09.2015 beschlossen, die kantonale Initiative «Neue Bodeninitiative (Boden behalten und Basel gestalten!)» den Stimmberechtigten gestützt auf das erwähnte Gesetz, ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen. In einem solchen Fall dürfen der Regierungsrat und der Grosse Rat keine formelle Abstimmungsempfehlung abgeben.

3. Initiative «für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer in der Sekundarschule» Stimmbeteiligung

JA (64.25%)
68.36%

Im Kanton BS gilt die Regelung, dass Schülerinnen und Schüler ab der zweiten Klasse der Sekundarschule den Unterricht in zehn Pflichtfächern während 30 Lektionen pro Woche besuchen. Zusätzlich dazu werden sie während vier Lektionen in zwei Wahlpflichtfächern unterrichtet, welche die Schülerinnen und Schüler aus sieben Wahlpflichtfächern auswählen können. Im leistungsstärksten Zug P wird den Schülerinnen und Schülern vorgegeben, eines der beiden neuen Wahlpflichtfächer *Lingua* (Latein, Italienisch) oder *MINT* (Mathematik, Informatik,

¹ Der Regierungsrat weist darauf hin, dass der Wortlaut der «Neue Bodeninitiative» dem Gegenvorschlag der Regierung des Kantons BS zu einer früheren Initiative «Boden behalten und Basel gestalten» entspreche.

² Gesetz betreffend Initiative und Referendum (IRG) vom 16.01.1991, SG 131.100.

Naturwissenschaften, Technik) besuchen zu müssen.

Die Initiative «für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer in der Sekundarschule» verlangt die Aufhebung dieser Vorgabe für den P-Zug.

Der Regierungsrat erklärt, dass die neue Sekundarschule nach den Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler in drei Leistungszüge unterteilt sei. Im Leistungszug A würden dabei grundlegende, im Leistungszug E erweiterte und im Leistungszug P hohe Anforderungen gestellt. Der Erziehungsrat habe festgelegt, dass analog zu den Vorgaben im Kanton Basel-Landschaft alle Schülerinnen und Schüler des Leistungszugs P eines der beiden Wahlpflichtfächer *MINT* und *Lingua* wählen müssten und nur ein zweites Wahlpflichtfach aus dem musisch-gestalterischen Bereich aussuchen könnten. Diese Vorgabe gelte dagegen in den Leistungszügen A und E nicht.

Weiter hält der Regierungsrat fest, dass die Wahlvorgabe für den P-Zug in der Schulpraxis der Volksschule teilweise umstritten war. Nach Prüfung im Herbst 2014 habe der Erziehungsrat aber beschlossen, an der Vorschrift für die Wahlpflichtfächer im P-Zug festzuhalten. In der Folge sei die kantonale Initiative «für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer in der Sekundarschule» lanciert worden.

Aus Sicht der Initiantinnen und Initianten enthält der 2014 vom Erziehungsrat festgelegte neue Wahlmodus der sieben Wahlpflichtfächer an den Sekundarschulen eine unnötige Einschränkung für die Schülerinnen und Schüler des P-Zugs und damit eine Benachteiligung gegenüber den Mitschülerinnen und Mitschülern im A- und E-Zug.

Die Gegnerinnen und Gegner der Initiative argumentieren, dass die Sprachen und Naturwissenschaften als Schwerpunkte gestärkt und die Sekundarschülerinnen und -schüler so besser aufs Gymnasium vorbereitet würden. Das weisen die Initiantinnen und Initianten aus zwei Gründen zurück:

- Das Interesse für Naturwissenschaften oder Sprachen könne nicht durch Zwang, sondern nur durch gute Angebote gesteigert werden.
- Ab der Volksschule handle es sich bei den Wahlfächern nicht um Schwerpunktfächer, sondern um zwei «Nebenfächer». Diese stellten die einzige Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler dar, in ihrer gesamten elfjährigen Volksschulzeit eine persönliche Gewichtung nach Stärken und Interessen vorzunehmen.

Diesen Argumenten halten die Befürworter einer Fortführung der geltenden Lösung entgegen, die Entscheidungskompetenz über den Lehrplan und die Stundentafel liege beim Erziehungsrat und sei dort zu belassen. Bei dessen Beschluss, eines der beiden Fachgebiete *Lingua* oder *MINT* im P-Zug für obligatorisch zu erklären, handle es sich um eine bewusste politische Prioritätensetzung. Der Erziehungsrat drücke darin seinen Willen zur Stärkung der intensiven sprachlichen und naturwissenschaftlichen Förderung der Schülerinnen und Schüler im Leistungszug P aus. Die Wahlpflicht für die Fächer *MINT* oder *Lingua* trage dem Anspruchsniveau in diesem Zug Rechnung und betone die Zielsetzung, die Schülerinnen und Schüler des Leistungszugs P auf die weiterführenden Schulen und anspruchsvolle Berufsbildungen vorzubereiten.

Wie bei der «Neuen Bodeninitiative» (vgl. oben) hat der Grosse Rat beschlossen, diese Initiative umgehend den Stimmberechtigten vorzulegen und auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zu verzichten.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



1. Initiative populaire 150 «Pas de cadeaux aux multinationales :

Initiative pour la suppression des allègements fiscaux»

NON (58.84%)

et

Loi modifiant la loi sur l'imposition des personnes morales

(Contreprojet à l'IN 150) (D 3 15 – 11456), du 7 mai 2015

NON (50.30%)

Participation

55.38%

Le droit fédéral permet aux cantons d'accorder des allègements fiscaux en faveur d'entreprises locales ou internationales nouvellement créées ou dont l'activité fait l'objet de modifications importantes, et qui servent les intérêts économiques des cantons, en l'occurrence celui de GE. Ces allègements sont limités dans le temps (10 ans maximum) et portent exclusivement sur les impôts cantonaux et communaux.

L'initiative 150 vise à *supprimer* à Genève cet instrument de politique économique actuellement à la disposition du Conseil d'Etat, au motif que les allègements fiscaux coûtent plus cher qu'ils ne rapportent.

Une majorité du Grand Conseil a refusé cette initiative mais a élaboré un contreprojet qui précise les modalités et critères d'octroi de ces allègements pour ancrer dans la loi la pratique actuelle en matière de suivi des allègements accordés.

Depuis 1995, le Canton de Genève accorde, pour une période de 10 ans, des allègements fiscaux, à certaines entreprises implantées à Genève. Cette pratique est contestée par le comité d'initiative, pour qui ces rabais fiscaux particulièrement avantageux seraient octroyés à des entreprises sur des critères abstraits. La pratique poserait de nombreux problèmes en termes d'inégalités, de coûts publics, de manque de transparence et soulèverait un problème de stratégie économique, raison pour laquelle l'initiative 150 vise à l'abolir.

Pour les initiants, les allègements fiscaux instituent une inégalité entre personnes morales (les entreprises), ainsi qu'une concurrence déloyale. Ils représentent un manque à gagner direct pour le canton de GE et pour les communes, et cela sans contreparties directes. Mais il y a plus : selon les exigences fédérales, le canton doit contribuer de façon importante à la péréquation intercantonale (RPT) et verse, chaque année, CHF 245 Mio. aux autres cantons. L'indice de cette péréquation pour les entreprises est calculé en fonction de leur potentiel imposable, et non des recettes fiscales. Par conséquent, l'Etat de Genève, en octroyant ces allègements, ne percevrait pas un juste impôt des entreprises à qui il les offre et paierait ainsi lui-même la part de ce qu'elles devraient verser à la péréquation intercantonale, ce qui reviendrait *ipso facto* à les subventionner. Argument ultime des initiants, ces allègements dénotent un manque de stratégie et sont une source de tensions.

Quant au contreprojet, il serait trop timide selon les initiants, car les critères qu'il énumère s'apparenteraient plus à des intentions qu'à des conditions claires : pas de moyens définis, une sémantique vague et une liste de critères potentiels, mais non contraignants. La marge décisionnelle du Conseil d'Etat en matière d'allègements fiscaux demeurerait de ce fait toujours trop importante.

De son côté le gouvernement cantonal, par ailleurs conscient que la pratique actuelle souffre d'un certain manque de transparence et suscite, par voie de conséquence, une méfiance légitime de la population³, défend un des rares instruments de politique économique dont il dispose pour favoriser la

³ Cf. Rapport du Conseil d'Etat sur l'initiative IN 150, du 15.06.2012, IN 150-A : <http://ge.ch/grandconseil/data/texte/IN00150A.pdf>.

création et l'implantation d'entreprises, et encourager ainsi les nouveaux investissements et les créations d'emplois.

A ses yeux, ces allègements représentent même un avantage du point de vue fiscal : malgré l'allègement, le canton perçoit 17% de l'impôt fédéral direct (IFD) sur le bénéfice des entreprises concernées. Il touche également les impôts cantonaux et communaux perçus sur les salariés de ces entreprises, ainsi que la part de l'IFD qui s'y rapporte. Il bénéficie enfin des impôts sur les salaires et les bénéfices qui sont générés par la consommation de biens et services de ces entreprises.

Même si cela n'est pas formalisé dans la loi, la pratique des allègements est, aujourd'hui déjà, cadrée par des règles précises. Leur octroi est soumis à certaines conditions, telles que la réalisation des objectifs annoncés en termes d'emplois et d'investissements au moment du dépôt de la demande, et l'obligation d'attribuer à un fonds de réserve un montant correspondant à l'économie d'impôt réalisée grâce à l'allègement. S'y ajoute l'interdiction pour le bénéficiaire de cesser ses activités, de vendre tout ou partie de celles-ci, de transférer son siège ou une partie prépondérante de son activité hors du canton pendant la durée de l'allègement et pendant les cinq années qui suivent la fin de celui-ci.

Le Conseil d'Etat rappelle finalement qu'il doit présenter chaque année au Grand Conseil un rapport sur sa politique en matière d'allègements, ce qu'il fait dans le cadre de son rapport de gestion, et qu'il utilise avec parcimonie et de manière ciblée l'instrument des allègements fiscaux. Ainsi, le rapport de gestion 2014 indique que seuls deux nouveaux allègements ont été octroyés durant l'année.

2. Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République

et canton de Genève (Cst-GE) (A 2 00 – 11321), du 19 février 2015

Participation

OUI (64.24%)
55.38%

La nouvelle constitution de la République et canton de Genève, du 14.10.2012, contient un article qui traite de l'organe de révision des comptes de l'Etat (art. 222 al. 2). Cet article ne désigne pas directement l'entité qui doit être chargée de réviser les comptes annuels de l'Etat, mais il indique que la révision de ces comptes est assurée par un organe externe et indépendant qui doit être désigné par le Grand Conseil. L'article précise encore que cet organe *peut* être la Cour des comptes.

Sur cette base, le Grand Conseil a adopté le 13.03.2014 la loi sur la surveillance de l'Etat, qui attribue la compétence de réviser les comptes à une entité externe soumise à la loi fédérale sur l'agrément et la surveillance des réviseurs.

En février 2015, le Grand Conseil a souhaité supprimer le choix qui est prévu par la constitution, en attribuant *directement* la qualité d'organe de révision des comptes à la Cour des comptes.

Une majorité du Grand Conseil (55%) a estimé qu'il convenait de modifier la constitution sans attendre la fin des travaux parlementaires en cours sur deux projets de loi traitant de la même question. Le 19.02.2015, le Grand Conseil a dès lors adopté un projet de loi constitutionnelle destiné à confier la révision des comptes de l'Etat à la Cour des comptes, celle-ci censée très bien connaître l'administration. Une majorité des députés a estimé qu'un tel dispositif coûterait moins cher et qu'il ne serait pas opportun de mandater une entreprise privée pour accomplir cette tâche. En pratique en effet, compte tenu du volume de travail et des contraintes imposées par la loi, seules sept ou huit grandes fiduciaires seraient susceptibles de faire acte de candidature à cette fonction.

Une importante minorité du Grand Conseil (45%) a souligné le fait que le texte actuel de la constitution n'empêcherait nullement le Grand Conseil d'adopter une loi qui attribuerait la révision des comptes de l'Etat à la Cour des comptes, puisque l'article actuel lui en laisse le choix. Sur la forme, il ne serait donc pas nécessaire de modifier la constitution et de déclencher un référendum obligatoire.

Sur le fond, les députés minoritaires ont également relevé que les magistrats ne sont pas experts comptables et que leur élection par le corps électoral introduit un élément politique. Certains

dysfonctionnements intervenus au cours de la précédente législature ont également été évoqués, ainsi que les contraintes en matière d'organisation et de coût qu'impliquerait le recours à la Cour des comptes.

De son côté, le Conseil d'Etat est d'avis qu'une modification de la constitution n'est pas pertinente et qu'il vaudrait mieux laisser le Grand Conseil choisir en pleine connaissance de cause entre Cour des comptes et réviseur externe, comme le prévoit la constitution actuelle. Il se joint donc à la minorité du Grand Conseil pour *rejeter* la modification constitutionnelle soumise au vote.

3. Loi modifiant la loi générale sur le logement et la protection

des locataires (LGL) (I 4 05 – 11537), du 5 décembre 2014

Participation

**OUI (52.02%)
55.38%**

Cette modification législative émane du Conseil d'Etat. Concrètement, elle prévoit deux mesures d'ordre budgétaire :

- La première mesure diminue le montant maximal de subvention personnalisée pour un logement situé dans un immeuble d'habitation mixte (HM) de CHF 100.- la pièce par an. Elle ramène ainsi ce montant maximal de CHF 1'800.- la pièce par an à 1'700.- la pièce par an. Cette première mesure ne concerne donc que les locataires d'un logement subventionné de type HM, qui perçoivent une subvention maximale.
- La seconde mesure consiste à augmenter de 1% le revenu que les locataires de logements subventionnés doivent consacrer au paiement de leur loyer. Cette mesure fait donc passer les taux d'effort respectivement de 18%, 20%, 22% et 28%, à 19%, 21%, 23% et 29%.

L'objectif poursuivi par cette loi consiste à limiter l'accroissement des dépenses liées aux aides versées aux locataires. Il permettrait de réaliser des économies d'environ CHF 2'885'000.- par année (par une diminution des subventions personnalisées HM de l'ordre de CHF 1'295'000.- et une augmentation des surtaxes de l'ordre de CHF 1'590'000.-).

Le Conseil d'Etat justifie sa mesure en fournissant des exemples chiffrés. En effet, même si potentiellement tous les locataires de logements subventionnés sont concernés par la hausse des taux d'effort, en réalité, les locataires aux revenus les plus faibles ne seraient pas touchés. Ainsi, pour une famille de 4 personnes logeant dans un immeuble d'habitation bon marché (HBM) au sein d'un appartement de 5 pièces au loyer mensuel de CHF 1'460.-, l'augmentation des taux d'effort n'aurait aucun impact si les revenus de cette famille s'élèvent à CHF 60'000.- par an : elle continuerait à percevoir une allocation de logement maximale de CHF 416.- par mois. Si le revenu de cette famille s'élevait à CHF 100'000.- par an, le montant de l'allocation de logement diminuerait de CHF 84.- par mois. La même famille commencerait à payer une surtaxe si son revenu s'élevait à CHF 127'000.- par an.

Une minorité du Grand Conseil s'est opposée à cette loi car elle estime inacceptable, d'une manière générale, que les coupes prévues par le Conseil d'Etat dégradent les conditions de vie des milieux les plus modestes et des classes moyennes. Elle considère que les économies sont faites sur le dos des locataires qui sont, pour beaucoup d'entre eux, dans une situation précaire ou fragile sur le plan financier. Cette minorité pense qu'une diminution de revenu, même modeste, pourrait faire basculer les locataires concernés dans une situation d'insolvabilité.

Elle estime également que ce sont les baisses d'impôts décidées ces deux dernières décennies qui fragilisent les finances publiques. Elle refuse par conséquent la diminution des prestations et privilégie la recherche de nouvelles recettes.

Un comité référendaire s'est joint à la minorité du Grand Conseil pour contester cette loi. A ses yeux, en période de pénurie de logements et alors que les loyers libres seraient souvent trop élevés, il serait

inacceptable que le canton tente de gagner plus de CHF 3.5 Mio. sur le dos des locataires.

Ce faisant, le Conseil d'Etat bafouerait la Constitution et refuserait de respecter son engagement à réaliser un parc de 20% de logements sociaux. Selon les chiffres de 2014, quelque 18'570 foyers seraient potentiellement touchés par ces mesures, foyers parmi les plus modestes du canton. Alors que la majorité des locataires souffrent de la pénurie de logements et des loyers qualifiés de spéculatifs qui en découlent, le Conseil d'Etat devrait au contraire tout mettre en œuvre pour respecter le droit au logement garanti par l'article 178 de la Constitution genevoise.

**4. Loi modifiant la loi d'application de la loi fédérale sur
l'assurance-maladie (LaLAMal) (Art. 22) (J 3 05 – 11540),
du 18 décembre 2014**

Participation

**OUI (50.26%)
55.38%**

Dans la constellation des aides apportées aux personnes disposant d'un revenu modeste, la modification législative soumise aux citoyens genevois a pour objectif d'adapter « au franc près », en lieu et place d'un subside complet, le montant versé au titre de subside d'assurance-maladie aux bénéficiaires qui ont un excédent de ressources inférieur à la prime moyenne cantonale (PMC), et cela en tenant compte désormais de la capacité financière de la personne.

A titre d'exemple, actuellement, une personne seule qui a un excédent de ressources de CHF 6'000.- reçoit le subside complet de CHF 6'288.- par année, alors que si son excédent est de CHF 6'400.- elle ne reçoit aucun subside. La nouvelle loi ouvre un droit à un subside partiel adapté à la capacité financière des bénéficiaires, corrigeant ainsi une inégalité de traitement.

Le législateur fédéral a donné la latitude aux cantons d'allouer des prestations allant *au-delà* de celles qui sont prévues par la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI. Le canton de GE fait partie des *trois* cantons suisses ayant fait usage de cette possibilité pour les bénéficiaires à domicile (les prestations des personnes vivant dans un établissement médico-social ou dans un établissement pour personnes handicapées sont assurées par le biais des prestations complémentaires fédérales). Le canton garantit ainsi aux rentiers AVS et AI qui en remplissent les conditions, et en complément à leurs ressources, un revenu minimum cantonal. Ces prestations complémentaires cantonales (PCC) s'ajoutent aux prestations complémentaires fédérales (PCF). En 2014, le versement des PCC a représenté pour le canton de GE une dépense de plus de CHF 130 Mio.

Tout en rétablissant l'égalité de traitement entre les bénéficiaires, la loi soumise au vote conduirait à une économie annuelle attendue d'environ CHF 4.6 Mio. Il s'agit de l'une des mesures d'économies proposées par le Conseil d'Etat dans le cadre de l'élaboration du projet de budget 2015.

Une minorité des députés estime que la loi touche les plus démunis et qu'elle ne tient pas suffisamment compte de la situation spécifique des loyers à Genève et de l'impact des frais médicaux sur le budget des personnes à revenus modestes. Elle considère que la mise en œuvre de la loi contraindrait les personnes concernées à utiliser leur revenu disponible pour payer le solde des montants dus à leur assurance-maladie et provoquerait un nivellement par le bas en ramenant tous les bénéficiaires dont l'excédent de ressources est inférieur à la PMC au niveau des barèmes prévus. Cette approche est jugée injuste, car elle exigerait des efforts de la part de personnes en situation de précarité, invalides ou à la retraite, alors que le Conseil d'Etat devrait privilégier la piste de nouvelles recettes.

La minorité du Grand Conseil a été épaulée par une association de défense des retraitées et des retraités qui s'est muée en comité référendaire, arguant que plus de 20'500 personnes seraient touchées par des baisses de prestations sur les 23'500 personnes qui reçoivent des prestations complémentaires.

Les référendaires déplorent que des mesures soient prises contre les plus démunis de la société, alors que le budget voté pour l'année 2015 est en augmentation de plus de CHF 100 Mio. pour la justice, la sécurité et l'énergie, et que le Conseil d'Etat a augmenté de 8%, soit plus de CHF 1'700.- par mois, les salaires des plus hauts cadres de l'Etat.

Ils considèrent que ces mesures d'économies sont d'autant plus scandaleuses que dans le même budget les subventions versées par la Confédération au Canton de GE pour les assurés à ressources modestes et les prestations complémentaires sont en augmentation de CHF 11 Mio. entre les comptes 2013 et le budget 2015. De la sorte, l'acceptation de la loi contestée réduirait de CHF 4.5 Mio. les prestations des plus démunis quand bien même l'Etat encaisserait ces recettes supplémentaires de la Confédération.

Une question moins anodine qu'on pourrait le penser

A Genève, 30% de la population n'a plus assez de ressources pour payer les cotisations aux caisses maladie et doivent recevoir un subside pour y faire face. En Suisse, ce sont 2'200'000 personnes qui doivent recevoir des subsides pour pouvoir payer leurs primes de caisse-maladie.

5. Loi modifiant la loi sur les prestations complémentaires cantonales (LPCC) (Art. 5) (J 4 25 – 11542), du 18 décembre 2014

Participation

NON (55.88%)
55.38%

Cette modification législative s'inscrit elle aussi dans le contexte des aides apportées aux personnes disposant d'un revenu modeste. La loi 11542 a pour objectif d'intégrer un nouvel élément de revenu dans le calcul du droit aux prestations complémentaires cantonales (PCC). Concrètement, il s'agirait d'intégrer 10% de la prime moyenne cantonale d'assurance-maladie aux revenus déterminants, soit un montant mensuel de CHF 52.40 pour une personne seule selon le montant de la prime moyenne cantonale (PMC) applicable pour l'année 2016.

Cette loi constitue l'une des mesures d'économies proposées par le Conseil d'Etat dans le cadre de l'élaboration du projet de budget 2015.

L'acceptation de cette modification légale, qui prévoit la prise en compte de 10% du montant de la prime moyenne cantonale dans le calcul du droit aux PCC, ferait passer le montant minimum reconnu pour couvrir les besoins vitaux (soit CHF 25'661.-), le loyer (soit CHF 13'200.-) et la prime moyenne cantonale (soit CHF 6'288.-) de CHF 45'149.- à CHF 44'520.20 pour une personne seule (différence de CHF 52.40 par mois), soit une diminution inférieure à 1.4% du revenu minimum cantonal.

Les personnes vivant dans un établissement médico-social ou dans un établissement pour personnes handicapées, dont les coûts de séjour sont pris en compte par le biais des PCF (prestations dé plafonnées), ne sont pas concernées par la modification légale proposée.

En cas d'acceptation, cette modification légale concernerait environ 18'500 personnes et permettrait une économie annuelle dévisée à CHF 8 Mio.

Une minorité du Grand Conseil s'oppose à cette législation, avant tout parce que cette mesure cible les personnes à revenus modestes du canton de GE et que c'est en vertu de la prise en considération d'un revenu fictif que l'on réduirait le droit des bénéficiaires à des PCC à l'AVS/AI. La minorité relève également que, pour renflouer les finances de l'Etat, il ne faudrait pas réduire les prestations sociales, mais plutôt agir sur la fiscalité.

Le même comité référendaire que pour la loi précédente épaula la minorité du Grand Conseil. Ses arguments sont pour l'essentiel identiques, mais les référendaires font valoir qu'avec le texte soumis au référendum le Conseil d'Etat inventerait en quelque sorte des revenus fictifs aux pauvres. Ce projet, qui prévoit la prise en compte de 10% du subside caisse-maladie pour le calcul du revenu déterminant donnant droit aux prestations complémentaires, augmenterait artificiellement le revenu des pauvres alors qu'ils ne toucheraient rien de ces subsides puisque l'Etat les verse directement aux caisses-maladie. Les revenus de 20'500 personnes seraient ainsi augmentés de manière fictive de 10%. La prise en compte de ce revenu pourrait faire perdre le droit aux prestations complémentaires cantonales, fédérales et communales en raison des effets de seuil.

6. Loi ouvrant un crédit d'ouvrage de CHF 20'869'000.- pour la reconstruction d'un bâtiment de stationnement de troupe sur le site de Meyrin-Mategnin contribuant à la libération du site des Vernets pour la construction de logements (11580), du 16 avril 2015
Participation

OUI (68.51%)
55.38%

La loi soumise à votation prévoit la reconstruction d'un bâtiment de stationnement de troupe sur le site de Meyrin-Mategnin. C'est un préalable nécessaire au déménagement de l'actuelle caserne des Vernets sur ce site, dans le cadre d'un programme visant à construire au centre-ville 1'500 logements ainsi que des locaux dévolus à des activités économiques et des équipements publics.

Alors que l'armée prévoyait de rester dans l'enceinte de l'actuelle caserne jusqu'en 2040, un protocole d'accord a été conclu afin qu'elle quitte de manière anticipée le site des Vernets, pour autant qu'elle puisse disposer d'infrastructures équivalentes lui permettant de continuer à remplir ses missions. Pour cela, le canton de GE doit mettre à disposition de l'armée des infrastructures adéquates sur les sites existants de Meyrin-Mategnin, d'Epeisses et d'Aire-la-Ville.

La réalisation du programme de 1'500 logements aux Vernets pourrait débuter dans quelques années et se terminer à l'horizon 2022-2023. Au total, quelque CHF 650 Mio. seraient investis pour du logement sur cette parcelle. Les loyers seraient soumis à un plafond fixé par l'Etat et ne seraient pas affectés par les coûts du déménagement de la caserne.

De plus, la nouvelle infrastructure remplaçant la caserne ne serait pas à destination exclusive de l'armée mais pourrait aussi être utilisée par des organismes civils tels que la police dans le cadre de la formation des aspirants policiers. Ceux-ci disposeraient ainsi d'infrastructures modernisées et adaptées à leurs missions respectives.

Une minorité du Grand Conseil s'oppose à cette loi, estimant que le canton de GE n'a pas à prendre en charge des dépenses pour l'armée et que cette dernière quittera Genève d'elle-même vu la réforme en cours. Cette minorité craint d'autre part que le déplacement de l'armée ne grève les loyers.

Pourquoi une votation ? Les citoyens et citoyennes genevois sont appelés à se prononcer sur cette loi à la suite de l'aboutissement du référendum cantonal (référendum facultatif) contre le crédit d'ouvrage voté par le Grand Conseil le 16.04.2015, aux termes de l'art. 67 de la Constitution de la République et Canton de Genève, qui exige qu'une demande de référendum soit soutenue par 3% des titulaires des droits politiques.

En effet, un comité référendaire est venu épauler la minorité du parlement cantonal. A ses yeux, alors que les dépenses pour l'armée (CHF 5 Mia. par an) relèvent du budget de la Confédération, il serait inacceptable que les contribuables et futurs locataires genevois soient appelés à payer ces nouvelles installations. Ce serait – affirme-t-il – la première fois dans l'histoire suisse qu'un canton assume des coûts liés à l'armée.

Par ailleurs, les référendaires rappellent que le canton de GE manque déjà de territoire pour répondre à tous les besoins de sa population : logements insuffisants, espaces verts et terrains agricoles menacés de bétonnage, manque d'infrastructures pour les loisirs, grandes difficultés de mobilité. Dans ce contexte, il serait incompréhensible d'attribuer des terrains de valeur aux activités de l'armée alors que celle-ci abandonne sans contrepartie de nombreux autres sites ailleurs en Suisse.

Au surplus, la précipitation et l'opacité qui entourent la gestion de cet important projet urbanistique laisseraient planer des doutes, notamment en matière d'impact sur le prix des logements d'utilité publique (LUP). Il n'y aurait en effet aucune garantie légale dans le contrat passé avec les promoteurs que ces derniers ne répercutent pas sur les prix des loyers la somme de CHF 21 Mio. dépensée pour participer aux frais de construction de la caserne de Meyrin.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Brochure cantonale \(96 pages\)](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

Ville de Genève



Une fois n'est pas coutume, la Newsletter présente une votation *communale*, parce que celle-ci (la rénovation/extension du musée d'art et d'histoire, MAH) représente un véritable « serpent de mer » dans la vie politique et culturelle genevoise, puisque le projet (très contesté) a été lancé en 1998. La votation soulève beaucoup d'émotions dans la « Ville du bout du lac », au point qu'il nous a paru intéressant de présenter les enjeux d'un débat aussi passionné.

**Votation communale du 28.02.2016 relative aux délibérations I-IV
(PR 1073) du Conseil municipal de la Ville de Genève, du 20.05.2015,
autorisant l'ouverture de crédits pour un montant total brut de
CHF 131'421'500.- destinés à la restauration et à l'agrandissement
du Musée d'art et d'histoire (dont à déduire un montant total de
CHF 67'500'000.- composé d'une subvention et d'apports de tiers,
soit un montant net de CHF 63'921'500.-)**

Participation

**NON (54.34%)
46.60%**

Le bâtiment du musée, construit entre 1903 et 1909 par l'architecte Marc Camoletti, possède une surface d'exposition de 7'000 m². Il figure parmi les plus grands musées de Suisse et accueille des collections d'art et d'histoire. Depuis sa construction, au début du XX^e siècle, cet édifice n'a fait l'objet que de travaux d'entretien courants. La rénovation envisagée vise à mettre le bâtiment aux normes légales et à garantir des conditions d'exposition sécurisées, une conservation adéquate des œuvres ainsi que des conditions idéales d'accueil.

Les autorités municipales rappellent qu'il s'agit de la rénovation d'un édifice présentant de grandes qualités patrimoniales, et qui a donc été entreprise de concert avec les instances compétentes. Un groupe de travail a été constitué avec des représentants de la Commission des monuments, de la nature et des sites (CMNS) pour suivre le développement du projet. En janvier 2013, la CMNS a préavisé favorablement le projet. L'autorisation de construire a été délivrée le 17 juillet 2013.

Aux yeux des autorités communales, il s'agit tout à la fois d'un projet indispensable au maintien et à la conservation d'un bâtiment public emblématique de la ville de Genève, de l'indispensable restauration d'un édifice dans un état de délabrement indigne de la ville et des œuvres majeures qu'il accueille, n'offrant par ailleurs plus de bonnes conditions de travail pour son personnel, de l'occasion unique de disposer de surfaces supplémentaires pour mieux exposer les œuvres et moderniser l'accueil des publics. Au surplus, le projet est soutenu par des partenaires privés.

Le comité ayant lancé le référendum est d'un avis *diamétralement opposé*. Pour lui, le coût du projet (CHF 140 Mio.) est démesuré et témoigne d'une politique culturelle qualifiée de «bling-bling» avec l'appel à un architecte célèbre, la mise en valeur des collections d'un milliardaire et l'ouverture d'un restaurant de prestige au dernier étage.

Aux yeux des opposants, le projet porterait atteinte à un patrimoine précieux. En effet, le Musée d'Art et d'Histoire inauguré en 1910, de style beaux-arts, est l'un des édifices les plus imposants de Genève. Il s'inspire du Petit Palais de Paris édifié pour l'Exposition universelle de 1900. L'architecte Marc Camoletti a su adapter ce modèle à une topographie difficile, entre les boulevards bas et le quartier haut des Tranchées, en l'organisant autour d'une cour intérieure à l'italienne entourée d'arcades, cour qui disparaît dans le nouveau projet.

En revanche, le comité référendaire, conscient que la restauration dans les règles de l'art du MAH est une urgence, ne conteste ni la restauration du bâtiment ni l'excavation de sa cour. Recouverte d'une verrière, celle-ci pourrait être animée toute l'année. Mais il suggère d'autres voies pour cette extension, moins coûteuses et plus respectueuses du monument, sans des charges aussi lourdes pour les générations futures.

Für weitergehende Informationen über die Gemeindeabstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation communale:

[Brochure communale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

JU



Loi sur l'Office des véhicules (LOVJ) du 27 mai 2015

NON (64.7%)
51.0%

Participation

Le parc des véhicules jurassiens a suivi une croissance importante puisque ces huit dernières années, il a augmenté de plus de 10%. Les immatriculations de voitures neuves et d'occasion sont importantes. Le parc automobile dépasse actuellement la barre des 60'000 véhicules immatriculés, tous véhicules confondus. L'Office des véhicules (OVJ) a par ailleurs enregistré une augmentation sensible du volume de ses activités en 2015. Il se trouve ainsi depuis quelques années confronté à une situation de plus en plus difficile en matière de gestion du parc automobile.

L'OVJ devrait donc disposer de moyens humains et techniques adaptés, qui ne se concrétisent pas

dans le cadre budgétaire strict de l'Etat. De ce fait, davantage de souplesse et de flexibilité dans la gestion des ressources humaines et techniques s'imposeraient.

La solution de l'autonomisation de l'OVJ pourrait résoudre cette problématique car elle permettrait à l'OVJ de gérer son budget de manière efficiente et d'obtenir les fonds nécessaires à ses activités.

Ce statut juridique existe notamment à Fribourg et Neuchâtel. Concrètement, il s'agit d'un contrat de prestations conclu entre un établissement cantonal de droit public et le Gouvernement qui définit précisément les prestations fournies par l'établissement en faveur des usagers ainsi que les relations financières entre ce dernier et le canton. L'établissement reste sous le contrôle de l'Etat et garantit le service public, en maintenant toutes les tâches régaliennes, dans le domaine des mesures administratives notamment. Les acquis sociaux, la qualité et la quantité des prestations aux usagers sont dès lors préservés.

Pour les autorités jurassiennes, il ne s'agirait en aucune manière d'un processus visant, selon une formule connue, « à privatiser les bénéfices et à étatiser les pertes », mais de la définition légale des relations entre l'Etat et une institution de service public selon des modalités précises d'ordre statutaire, social, économique et financier permettant le meilleur service aux usagers. La loi soumise au vote n'aurait pas pour but de privatiser l'OVJ mais de lui offrir un statut juridique lui permettant de se développer, tant il est vrai que les règles prévalant en matière de gestion des finances de l'Etat ne permettraient pas de donner plus de ressources à l'OVJ.

Partant, le projet de rendre l'OVJ autonome assurerait le maintien et le développement de tâches publiques de manière efficiente, notamment afin d'atteindre quatre objectifs précis :

- Contrat de prestations ;
- Flexibilité et satisfaction des clients ;
- Meilleure visibilité et maîtrise des coûts en termes financiers ;
- Meilleure gestion des ressources humaines.

Le référendum a abouti, et de nombreux arguments sont avancés pour s'opposer à la loi.

Il s'agit tout d'abord de refuser le démantèlement du service public, car aux yeux des opposants l'autonomisation de l'OVJ constituerait un premier pas vers la privatisation de ses activités, selon la logique « A l'Etat ce qui coûte de l'argent et aux privés ce qui en rapporte ».

Il s'agit ensuite de refuser la centralisation de l'administration, car même si la nouvelle loi prévoit la négociation d'un mandat de prestations entre l'Etat et l'OVJ, plus rien ne garantirait le maintien des sites de Porrentruy et de Saignelégier.

Par ailleurs, le fonctionnement de l'OVJ pourrait manquer de démocratie : actuellement sous le contrôle du Parlement jurassien qui peut intervenir en cas de nécessité, celui-ci serait à l'avenir cantonné à l'obligation de se prononcer une fois par année sur un simple rapport.

En outre, le Gouvernement et le Parlement utiliseraient cette autonomisation pour faire baisser de manière artificielle le nombre d'employés de la fonction publique. Les salariés de l'OVJ n'apparaîtraient plus dans le tableau des effectifs de la fonction publique tout en continuant à être financés par les taxes et émoluments cantonaux.

Finalement, le comité référendaire considère qu'il est faux de croire que le privé fait toujours mieux que le public. En soutenant l'autonomisation de l'OVJ, le Gouvernement et le Parlement jurassiens feraient preuve de faiblesse. Il serait plus judicieux de mettre en place une gouvernance qui permette un fonctionnement adéquat aux différents services de l'Etat.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Message aux électeurs](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

LU



Volksinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik»

NEIN (68.29%)

Stimmbeteiligung

64.09%

Am 7. März 2013 reichte ein Initiativkomitee ein Volksbegehren mit dem Titel «Für eine bürgernahe Asylpolitik» ein. Mit dem Volksbegehren soll die Kantonsverfassung gemäss den Anregungen des Initiativtextes ergänzt werden.

Das Bundesgericht hat die Initiative am 4. März 2015 teilweise für ungültig erklärt. Der gültige Teil der Volksinitiative unterliegt weiterhin der Volksabstimmung. Der Kantonsrat hat seinerseits die Volksinitiative am 15. September 2015 zur Ablehnung empfohlen, soweit diese gültig ist.

Gemäss dem gültigen Teil der Initiative soll in der Kantonsverfassung vorgesehen werden, dass

- der Kanton für die Unterbringung von Asylbewerbern allein zuständig ist,
- das Gesundheits- und Sozialdepartement für sämtliche Belange des Asylwesens zuständig ist,
- die Sicherheit der Gemeindebevölkerung zu gewährleisten ist,
- nur anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene länger als ein Jahr in einer Gemeinde untergebracht werden können,
- die Gemeinde renitente Personen und solche mit abgelehntem Gesuch an den Kanton zurückweisen kann,
- ein von der Gemeinde eingesetztes Gemeindeorgan bei der Unterbringung von Asylbewerberinnen und -bewerbern mitbestimmen kann,
- alle Kosten aus dem Asylwesen vom Kanton getragen werden.

Das Komitee erklärt, Ziel der Initiative sei es, Ordnung in das Luzerner Asylwesen zu bringen, die Sicherheit für die Bevölkerung zu verbessern und die Gemeinden von den Kosten des Asylwesens zu befreien.

Der Regierungsrat und die grosse Mehrheit des Kantonsrates lehnten die Volksinitiative hauptsächlich aus den folgenden zwei Gründen ab:

- Die nötigen Rechtsgrundlagen, um die Anliegen der Initiative umzusetzen, bestünden bereits, sei es im Bundesrecht oder im kantonalen Recht. Eine Änderung der Kantonsverfassung sei damit für die Umsetzung der gültigen Anliegen nicht nötig.
- Der Kanton trage den meisten Anliegen der Initiative bereits heute Rechnung. Das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) ist zentraler Ansprechpartner bei Problemen im Asylwesen. Die Luzerner Asylzentren werden rund um die Uhr betreut und es bestehen wirksame Sicherheitskonzepte und Hausordnungen. Strafverfahren gegen Asylbewerberinnen und -bewerber werden dem GSD gemeldet, woraufhin geeignete Massnahmen ergriffen werden.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Bericht des Regierungsrates](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



NE

**Décret du 3 décembre 2015 portant modification de la Constitution
de la République et Canton de Neuchâtel (Cst. NE) (Transports)**

**OUI (82.17%)
49.15%**

Participation

La modification constitutionnelle sur laquelle les Neuchâtelois et les Neuchâteloises sont appelé-e-s à se prononcer comporte un double enjeu :

- 1) Inscrire dans la Constitution cantonale une stratégie de mobilité globale, planifiée dans la durée et intégrant les quatre piliers fondamentaux que constituent les transports publics, les routes nationales, les routes cantonales et la mobilité douce.
- 2) Valider le préfinancement par le Canton de la ligne ferroviaire directe entre le littoral et les Montagnes neuchâteloises, à la condition que le financement de cette ligne soit assuré par la Confédération via le Fonds pour les infrastructures ferroviaires (FiF).

Stratégie de mobilité «Neuchâtel Mobilité 2030»

Le canton de NE a élaboré une telle stratégie pour que les déplacements des usagers neuchâtelois soient fluides et leurs besoins d'accessibilité satisfaits, pour que la planification stratégique et financière du canton en matière d'entretien et de développement des infrastructures de transports soit assurée sur la durée, pour que le canton bénéficie d'un vecteur de développement et de rayonnement indispensable, à savoir des réseaux de transports performants !

Pour les autorités, il convient d'inscrire cette stratégie dans la Constitution neuchâteloise pour que l'État soit durablement attentif aux besoins de la population en matière de mobilité dans la voie lancée par la stratégie « Neuchâtel Mobilité 2030 », mais aussi pour que l'ensemble du territoire cantonal bénéficie d'un développement complémentaire des infrastructures de transports inscrit dans la durée.

Le préfinancement de la ligne directe

Le canton de NE vise une opportunité unique: le financement du RER et de la ligne directe entre La Chaux-de-Fonds et Neuchâtel par la Confédération. Mais pour ce faire, il convient – selon les autorités cantonales – de montrer à la Confédération la détermination du canton et de sa population à participer activement à la réalisation de cette nouvelle liaison ferroviaire.

L'anticipation des travaux devrait permettre la mise en service de la nouvelle ligne entre les Montagnes et le Littoral en 2030 plutôt qu'en 2040, mais aussi de limiter les travaux d'entretien nécessaires sur la ligne dite « historique », dont les coûts importants pourraient pousser la Confédération à refuser de financer la nouvelle ligne.

En cas de prise en charge du financement de la ligne directe RER par la Confédération, l'avancement des travaux, à charge du canton, pourrait alors être engagé. Le coût d'avancement des travaux serait de quelque CHF 110 Mio., correspondant à la charge d'intérêts passifs sur l'emprunt. Ce montant serait réparti sur une quinzaine d'années et assuré dans le cadre des exercices budgétaires annuels de l'Etat.

Pourquoi donc poser la question au peuple déjà maintenant ?

Selon les autorités neuchâteloises, c'est parce que les nouveaux mécanismes et fonds de la Confédération pour financer les infrastructures de transports offrent de nouvelles opportunités aux cantons, en prenant en charge intégralement les projets retenus. Par ailleurs, il est indispensable de soumettre à nouveau la question à la population suite à la votation du TransRUN de septembre 2012⁵. Enfin, parce que le message, s'il est porté par le peuple neuchâtelois, aura un impact bien plus fort à Berne, car ce seront le Conseil des Etats puis le Conseil national qui devraient se prononcer en 2019 et décider si le canton peut bénéficier du financement fédéral.



La vision : un canton, un espace

Il faut relever que *tous les partis politiques* reconnus dans le canton de Neuchâtel ont émis une recommandation de vote positive sur l'objet soumis aux électeurs du canton.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Vot'Info](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

SH



1. Revision des Spitalgesetzes vom 14. September 2015

**(Neuregelung der Zuständigkeiten für die Liegenschaften
der Spitäler Schaffhausen)**

Stimmbeteiligung

**JA (66.2%)
75.8%**

Mit der Revision des Spitalgesetzes sollen die Gebäude der Schaffhauser Spitäler ins Eigentum der Gesellschaft «Spitäler Schaffhausen» übertragen werden. Diese Lösung soll ermöglichen, dass die

⁵ Les électeurs neuchâtelois avaient alors rejeté le projet de TransRun avec une très faible majorité de 33'769 NON (50.31%) contre 33'351 OUI (49,69), soit une différence de 418 voix.

Spitäler im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten selbst über die Planung und Realisierung der anstehenden Erneuerungen entscheiden können.

Das Kantonsspital ist seit 2006 zusammen mit dem Psychiatriezentrum und dem Pflegezentrum unter dem Namen «Spitäler Schaffhausen» als rechtlich eigenständiges Unternehmen organisiert.

Die Spitalgebäude wurden bei der Gründung des Unternehmens allerdings nicht ins Eigentum der Spitäler übertragen, sondern lediglich im Mietverhältnis zur Verfügung gestellt. Der Kanton muss als Vermieter für den baulichen Unterhalt und die periodische Gesamterneuerung der Anlagen sorgen. Die Spitäler haben ihrerseits dafür einen angemessenen Mietzins zu bezahlen.

Mit der Revision des Spitalgesetzes wird eine Neuregelung der Vermögensverhältnisse angestrebt, welche den Spitälern im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten mehr Eigenständigkeit zuerkennt, indem diese selber über die Planung und Realisierung der anstehenden Erneuerung entscheiden können. Der Kanton soll damit von der Verpflichtung entlastet werden, die Spitalgebäude zu unterhalten und zu erneuern. Diese Verantwortung würde mit der Revision des Spitalgesetzes der Gesellschaft «Spitäler Schaffhausen» obliegen.

Warum bedarf diese Vorlage einer Volksabstimmung? Die Kantonsverfassung sieht vor, dass der Kantonsrat seine Beschlüsse von sich aus zur Abstimmung vorlegen kann (Art. 32 lit. I KV-SH). Der betreffende Antrag wurde in der Kantonsratssitzung vom 14.09.2015 gestellt, weshalb diese Vorlage in jedem Fall – unabhängig vom Abstimmungsergebnis im Kantonsrat – obligatorisch der Volksabstimmung zu unterstellen ist.⁷

Neue Bundesvorschriften: mehr Wettbewerb

Die Revision des Spitalgesetzes wurde durch neue Vorgaben des Bundesrechts angestossen. Diese haben das Ziel, einen möglichst freien Wettbewerb unter öffentlichen und privaten Spitälern über alle Kantonsgrenzen hinweg zu schaffen. In diesem Sinn entspricht die Übertragung der Spitalliegenschaften der Logik des neuen Bundesrechts, denn damit wird die Investitionstätigkeit des Kantonsspitals nach den gleichen wirtschaftlichen Kriterien gesteuert wie bei privaten Spitälern.

Die meisten Kantone, welche früher ähnliche Mietlösungen wie der Kanton Schaffhausen kannten, haben ihre Spitalgebäude im Laufe der letzten fünf Jahre bereits ins Eigentum der Spitäler übertragen. Nach Aussagen des Regierungsrats zeigten erste Erfahrungen, dass die neue Lösung sachgerecht ist und den Spitälern insbesondere ermöglicht, angemessen dimensionierte Investitionsvorhaben unter Einbezug von privaten Kapitalmarkt-Krediten selbst zu finanzieren. Ein solches Vorgehen sollte, so der Regierungsrat, nach aktuellem Abklärungs- und Planungsstand auch beim Kantonsspital Schaffhausen möglich sein.

In der Deutschschweiz haben namentlich die Kantone Bern, Luzern, Nidwalden, Glarus, beide Basel, Appenzell Ausserrhoden, Aargau und Thurgau die entsprechenden Schritte bereits vollzogen. Im Kanton Solothurn ist die Übertragung ebenfalls beschlossen worden und im Kanton Zürich warten entsprechende Vorlagen für das Universitätsspital und das Kantonsspital Winterthur auf eine Behandlung im Parlament. In den Kantonen Zug und Sankt Gallen sind entsprechende Schritte ebenfalls in Vorbereitung bzw. befinden sich im Prüfstadium.

⁷ Diesem Antrag wurde, nach Informationen von Herr Christian Ritzmann, stellvertretender Staatsschreiber, mit 34:17 zugestimmt (vgl. Protokoll Kantonsrat vom 14. September 2015, S. 701 ff.).

2. Grundsatzbeschluss vom 26. Oktober 2015 betreffend das Verfahren zur Reorganisation des Kantons Schaffhausen und seiner Gemeinden

Wenige Gemeinden:

NEIN (54.4%)

Keine Gemeinden:

NEIN (81.6%)

Stimmbeteiligung

75.8%

In den Jahren 2003 bis 2005 wurde im Kanton Schaffhausen im Rahmen des Projekts «sh.auf» eine umfassende Analyse der Gemeindestrukturen und der Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden vorgenommen. Eine konkrete Vorlage für eine Struktur- und Verwaltungsreform wurde jedoch nicht erstellt.

Nun soll darüber abgestimmt werden, ob ein Projekt zur Reform der Strukturen im Kanton Schaffhausen gestartet werden soll oder nicht. Es handelt sich dabei (noch) nicht um eine Abstimmung über eine konkrete Strukturreform.

Nach mehreren Gemeindefusionen existieren heute im Kanton Schaffhausen 26 Gemeinden, wobei die kleinste Gemeinde Barga weniger als 300 und die grösste Gemeinde Schaffhausen über 35'000 Einwohner zählt.

Gemäss den Informationen des Regierungsrats bekunden verschiedene Gemeinden Mühe, komplexere Aufgaben allein zu bewältigen, weshalb sie auf die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden angewiesen sind. Die Notwendigkeit der interkommunalen Zusammenarbeit zeigt sich daran, dass im Kanton Schaffhausen 21 Zweckverbände sowie über 200 Zusammenarbeitsverträge zwischen den Gemeinden geschlossen wurden. Dabei ist es schwierig, für anspruchsvolle Behördenaufgaben geeignetes Personal zu finden. Da die aktuellen Strukturen in Anwendung des innerkantonalen Finanzausgleichs je zur Hälfte durch den Kanton und die finanzstarken Gemeinden mitfinanziert werden, gelte es auch finanzielle Aspekte zu überdenken, so der Regierungsrat.

Tabelle: Gemeinden des Kantons Schaffhausen nach Einwohnerzahl

Gemeinden	Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2014)
Barga, Beggingen, Buch, Büttenhardt, Hemishofen, Oberhallau	weniger als 600
Buchberg, Dörflingen, Gächlingen, Lohn, Merishausen, Rüdlingen, Siblingen, Trasadingen	600 bis 1'000
Löhningen, Ramsen, Schleithelm, Stetten, Wilchingen	1'000 bis 2'000
Beringen, Hallau, Neunkirch, Stein am Rhein	2'000 bis 5'000
Neuhausen am Rheinfall, Schaffhausen, Thayngen	mehr als 5'000

Aus diesen Gründen hat der Kantonsrat den Regierungsrat mit einem Postulat aufgefordert, eine Strukturreformvorlage zu erarbeiten. In einem zweistufigen Verfahren wird zuerst über die Grundsatzfrage abgestimmt, ob der Regierungsrat ein Projekt ausarbeiten soll. Dabei kann das Stimmvolk zwischen zwei Projektvarianten wählen.

Nachfolgend wird der Grundsatzbeschluss des Kantonsrats mit seinen beiden Varianten – Modell A und B – erläutert⁹.

A) Modell «wenige leistungsfähige Gemeinden – angepasste kantonale Verwaltung»

Der Regierungsrat hat innert längstens drei Jahren ab Zustimmung durch die Stimmberechtigten eine Strukturreformvorlage auszuarbeiten, welche vorsieht, den Kanton Schaffhausen in wenige leistungsfähige Gemeinden zu gliedern. Die Vorlage hat zudem die Auswirkungen auf den innerkantonalen Finanzausgleich und auf die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden aufzuzeigen. Für die Erarbeitung der Vorlage zur Strukturreform wird ein Kredit in Höhe von CHF 300'000.- bewilligt. 75 Prozent davon werden dem Finanzausgleichsfonds entnommen.

B) Modell «Aufhebung der Gemeinden – eine kantonale Verwaltung»

Der Regierungsrat hat innert längstens drei Jahren ab Zustimmung durch die Stimmberechtigten eine Strukturreformvorlage auszuarbeiten, bei welcher der Kanton Schaffhausen auf die Gemeindeebene verzichtet und die Aufgaben der Gemeinden durch den Kanton wahrgenommen werden. Die Vorlage soll zudem die Auswirkungen auf die Verwaltungsorganisation aufzeigen und den Erhalt der regionalen Mitwirkungsrechte sicherstellen. Für die Erarbeitung der Vorlage zur Strukturreform wird ein Kredit in Höhe von CHF 300'000.- bewilligt. 75 Prozent davon werden dem Finanzausgleichsfonds entnommen.

Warum eine Volksabstimmung? Der Grundsatzbeschluss wurde vom Kantonsrat der obligatorischen Abstimmung unterstellt. Es findet das gleiche Abstimmungsverfahren wie bei einer Initiative mit Gegenvorschlag (Art. 33 Abs. 3 Wahlgesetz) statt.

Wenn Modell A oder B des Grundsatzbeschlusses angenommen wird, hat der Regierungsrat in einem zweiten Schritt innert drei Jahren die Reformvorlage zu erarbeiten. Diese würde im Jahr 2018 in einer Vernehmlassung zur Diskussion gestellt und im Jahr 2019 dem Kantonsrat unterbreitet. Die Stimmberechtigten könnten dann voraussichtlich im Jahr 2019 über die konkrete Reformvorlage abstimmen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungsmagazin](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

⁹ Grundsatzbeschlusses 15-89 betreffend das Verfahren zur Reorganisation des Kantons Schaffhausen und seiner Gemeinden vom 26. Oktober 2015.

Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist

bis Aare: Bewilligung eines Verpflichtungskredites

Stimmbeteiligung

JA (83.5%)
59.77%

In Ergänzung zum kürzlich abgeschlossenen Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt Emme Biberist/Gerlafingen soll nun auch der Hochwasserschutz ab dem Wehr Biberist flussabwärts angegangen werden.

Das Projekt soll gewährleisten, dass bei einem hundertjährlichen Hochwasser keine Schäden auftreten. Zudem sieht das Projekt dreierlei vor: Erstens sollen die Gewässerlebensräume für Pflanzen und Tiere aufgewertet, zweitens der Erlebnis- und Erholungswert der Flusslandschaft für die Bevölkerung gesteigert, sowie drittens drei sanierungsbedürftige Altlasten entlang der Emme ausgehoben und entsorgt werden.



Emme vorher



Emme nacher

Beantragt wird ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 73.6 Mio. Nach Abzug der voraussichtlichen Beiträge von Bund, kantonalem Altlastenfonds, Gemeinden und Dritten verbleiben dem Kanton SO Kosten in der Höhe von netto CHF 18.8 Mio.

Warum braucht es eine Volksabstimmung? Nach Art. 35 Abs. 1 Bst. e der Verfassung des Kantons SO¹⁰ unterliegen Beschlüsse des Kantonsrates über neue einmalige Ausgaben von mehr als CHF 5 Mio. dem obligatorischen Referendum.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Kantonale Abstimmungszeitung](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

¹⁰ Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 08.06.1986 (BGS 111.1).

Beitritt zur Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil**JA (62.2%)****Stimmbeteiligung****60.5%**

Die drei Kantone SG, SZ und GL haben eine neue Vereinbarung über die Trägerschaft der Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) ausgehandelt. Die Vereinbarung regelt insbesondere die Aufgaben und die Kompetenzen der Trägerkantone sowie die Finanzierung der Trägerschaft. Während der Regierungsrat aus vorwiegend finanziellen Gründen gegen den Beitritt zu dieser Vereinbarung ist, hat der Kantonsrat aus staatspolitischen Überlegungen dem Beitritt zugestimmt.

Die Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) wurde im Jahr 1972 unter der Trägerschaft der Kantone SG, ZH, SZ und GL eröffnet. Seit dem Ausscheiden des Kantons ZH im Jahr 2008 hat der Kanton SG die weggefallenen Beiträge des Kantons ZH befristet bis September 2016 übernommen. Da diese Finanzierungslösung noch in diesem Jahr ausläuft, soll mit der zwischen den Kantonen SG, SZ und GL ausgehandelten Vereinbarung für die HSR ab 1. Oktober 2016 ein neues Trägerschaftsmodell in Kraft treten.



Der Campus HSR am Zürichsee

Die neue Vereinbarung sieht eine Führungsrolle für den Kanton SG vor. Die Mitbestimmungsrechte der Kantone SZ und GL sollen über den Einsitz im Hochschulrat gewahrt werden. Zur Mitfinanzierung der HSR leisten die Kantone SZ und GL gemäss der neuen Trägervereinbarung den in der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) festgelegten pauschalen Beitrag pro Studierenden zuzüglich eines Zuschlags von 90%.

Auf der Grundlage der aktuellen Zahl von 113 Schwyzer Studierenden an der Hochschule Rapperswil beläuft sich der für den Kanton SZ fällige Betrag in Anwendung der Fachhochschulvereinbarung auf jährlich CHF 1.9 Mio. Mit einem Beitritt zur HSR-Vereinbarung würde der Beitrag des Kantons SZ um CHF 1.7 Mio. auf gesamthaft rund CHF 3.6 Mio. steigen.

Wegen der angespannten finanziellen Lage hat der Regierungsrat dem Kantonsrat beantragt, der neuen HSR-Vereinbarung nicht beizutreten. Der Zugang der Schwyzer Studierenden an die HSR sei auch ohne Beitritt zur neuen Vereinbarung gewährleistet.

Der Kantonsrat hat entgegen des Antrags des Regierungsrats staatspolitische Argumente höher gewichtet als finanzielle Aspekte und der Vereinbarung sowie dem Beitritt zur HSR-Vereinbarung mit 63 zu 32 Stimmen zugestimmt. Nach Ansicht des Kantonsrats soll der Kanton SZ ein verlässlicher Partner bleiben und die gute und langjährige Zusammenarbeit mit den Kantonen SG und GL fortführen.

Da weniger als drei Viertel der an der Abstimmung teilnehmenden Kantonsrätinnen und Kantonsräte der Vorlage zugestimmt haben, wird über diese mit Volksabstimmung entschieden (obligatorisches Referendum).

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Erläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

TI



Legge sull'apertura dei negozi del 23 marzo 2015

SI (59.2%)
66.5%

Partecipazione

Il nuovo ordinamento ha lo scopo di regolamentare in modo chiaro e semplice gli orari di apertura dei negozi nel ramo della vendita al dettaglio, allineandosi, almeno parzialmente, con la maggioranza degli altri Cantoni.

In particolare la legge prevede orari di chiusura fino alle ore 19.00 dal lunedì al venerdì (salvo il giovedì con chiusura immutata alle ore 21.00) e alle ore 18.30 il sabato.

L'apertura tra le ore 10.00 e le ore 18.00 sarà ammessa in tutto il Cantone e per i negozi di ogni genere nelle feste infrasettimanali non parificate alla domenica (escluso il Primo maggio) e nelle domeniche che precedono il Natale, dopo l'Immacolata. L'apertura generalizzata dei negozi potrà essere concessa per un massimo di tre domeniche all'anno, definite annualmente dal Dipartimento competente.

La legge prevede poi una norma, introdotta dal Parlamento, la cui portata giuridica è messa in discussione, che ne fa dipendere l'entrata in vigore dalla conclusione di un contratto collettivo di lavoro decretato di obbligatorietà generale.

La nuova legge si prefigge di migliorare le condizioni quadro in cui i commercianti sono chiamati a operare e non costituisce un cambiamento radicale di sistema.

Il Governo e il Parlamento considerano che la nuova legge comporta numerosi vantaggi :

- Un quadro legislativo più chiaro ;
- Una diminuzione degli oneri amministrativi ;
- Un adeguamento alle mutate esigenze della società e migliore competitività per il settore ;
- L'uniformità su tutto il territorio cantonale ;
- Il parallelismo con la legge federale sul lavoro ;
- L'introduzione di un dialogo tra le parti sociali, perchè la nuova legge istituisce una *commissione consultiva*, composta da rappresentanti delle associazioni economiche e sindacali.

Gli argomenti del comitato promotore del referendum sono completamente differenti :

- La legge apre la strada a indiscriminate aperture notturne e festive degli shop annessi alle stazioni di benzina situate lungo una trentina di arterie stradali, cioè praticamente in tutto il Cantone ;
- La legge è parte integrante di un progetto politico teso a liberalizzare totalmente il lavoro notturno e

domenicale nel settore della vendita ;

- L'estensione degli orari peggiorerebbe ulteriormente la qualità di vita di una categoria di lavoratrici e lavoratori già molto sotto pressione e scarsamente tutelata dal punto di vista contrattuale ;
- La legge sarebbe un danno per i piccoli commercianti, perchè solo i grandi centri commerciali trarrebbero profitto.
- Per di più gli attuali orari di apertura dei negozi sono più che sufficienti a soddisfare i bisogni dei consumatori ticinesi.
- Infine, il fenomeno del turismo degli acquisti oltre frontiera, conosciuto anche in altri Cantoni, come ad esempio BS e ZH, con un regime di orari più liberale di quello ticinese, è alimentato soprattutto dalla concorrenzialità dei prezzi e dalla qualità dei prodotti venduti in Italia. Esso può essere contrastato solo attraverso un rafforzamento del potere d'acquisto dei residenti, ma non con un prolungamento degli orari di apertura dei negozi.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Scheda di dettaglio](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

UR



Kredit für die Erweiterung des Berufs- und Weiterbildungszentrums Uri (bwz uri)

JA (87.87%)
59.7%

Stimmbeteiligung

Das Berufs- und Weiterbildungszentrum Uri (bwz uri) ist die grösste Bildungsinstitution für Berufs- und Erwachsenenbildung im Kanton Uri. Der Regierungsrat führt aus, dass durch die Erweiterung des Angebots in den vergangenen Jahren die Platzverhältnisse seit einiger Zeit sehr begrenzt seien und möchte mit einem Erweiterungsbau die Verhältnisse verbessern. Die Kosten dafür betragen CHF 8'388'000.-. Landrat¹¹ und Regierungsrat beantragen, dem Baukredit zuzustimmen.

Warum ist eine Volksabstimmung notwendig? Nach Art. 24 Bst. c der Verfassung des Kantons Uri¹² unterliegen geplante Ausgaben von mehr als CHF 1 Mio. der obligatorischen Volksabstimmung. Weil für die Erweiterung des bwz uri ein Kreditbeschluss von insgesamt CHF 8'388'000.- zu fassen ist, erfüllt das Projekt die in der Verfassung vorgesehenen Voraussetzungen für obligatorische Volksabstimmungen.

¹¹ Der Landrat hat dem Baukredit am 11.11.2015 mit 59:0 (keine Enthaltungen) klar zugestimmt.

¹² Verfassung des Kantons Uri vom 28. Oktober 1984, RB 1.1101.



Visualisierung des geplanten Neubaus

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Botschaft Kantonale Vorlage](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

ZH



1. Notariatsgesetz (NotG) (Änderung vom 6. Juli 2015;

Reduktion der Grundbuchgebühren)

Stimmbeteiligung

JA (57.61%)
60.88%

Durch eine Änderung des Notariatsgesetzes sollen die Grundbuchgebühren bei Eigentumsänderungen sowie bei der Errichtung oder Erhöhung von Grundpfandrechten von 1.5 Promille auf 1 Promille gesenkt werden.

Gegen die im Kantonsrat beschlossene Gesetzesänderung, welche in Form einer parlamentarischen Initiative eingebracht wurde, hat eine Ratsminderheit das Kantonsratsreferendum ergriffen. Dieses wird auch von Seiten des Regierungsrats unterstützt.

Die Kantonsratsmehrheit ist der Auffassung, die Grundbuchgebühren seien im Sinne des Verursacher- und Kostendeckungsprinzips so festzulegen, dass die Kosten, die durch die erbrachten Leistungen der Notariate im Grundbuchbereich entstehen, gedeckt werden. Sie rechtfertigt eine Senkung der Grundbuchgebühren damit, dass der Kostendeckungsgrad in diesem Bereich in den Jahren 2012 bis 2014 weit über 100 Prozent aufwies (2012: 244 Prozent, 2013: 226 Prozent, 2014: 215 Prozent). Doch auch nach der vom Kantonsrat mit 104 gegen 58 Stimmen beschlossenen Reduktion würde der Deckungsgrad immer noch bei rund 140 Prozent liegen. Nach Ansicht der Befürworter der Gesetzesänderung stehen den Notariaten so auch in Zukunft genügend Mittel zur Verfügung, um ihre Dienstleistungen weiterhin in der anerkannt hohen Qualität erbringen zu können.

Des Weiteren argumentiert die Kantonsratsmehrheit, dass Grundbuchgebühren ein Bestandteil der Immobilienkosten seien und auch Niederschlag in den Mieten fänden. Eine Reduktion der Grundbuchgebühren sei somit auch ein Beitrag für tiefere Mieten.

Eine Minderheit des Kantonsrates lehnt die Änderung des Notariatsgesetzes mit folgenden Argumenten ab:

- Erstens profitierten von einer Senkung der Grundbuchgebühren nur die grossen Immobilienfirmen;
- Zweitens seien Personen mit begrenzten finanziellen Mitteln froh über die fachliche Beratung der Notariate, welche jedermann bis zu einer halben Stunde kostenlos in Anspruch nehmen kann. Würden die Grundbuchgebühren erneut gesenkt, könnten verschiedene Notariate nicht mehr kostendeckend arbeiten. Dadurch bestünde die Gefahr eines Leistungsabbaus;
- Drittens sei eine Gebühr mit Steuercharakter gewollt;
- Viertens seien die finanziellen Aussichten für den Kanton Zürich schlecht. Deshalb sei es nicht verantwortungsvoll, ohne Not auf Einnahmen von CHF 16 Mio. zu verzichten.

Was ist eine (Grundbuch-)Gebühr?

In der Abstimmungsbroschüre erklärt der Kantonsrat, dass der Staat für behördliche Tätigkeiten sowie die Beanspruchung einer öffentlichen Leistung oder Einrichtung, die nicht oder nicht ausschliesslich über Steuereinnahmen finanziert werden, Gebühren erhebe. Eine Gebühr definiere sich dabei als Entgelt für eine in Anspruch genommene Leistung. Demgegenüber seien Steuern nicht mit einem unmittelbaren Anspruch auf eine bestimmte Leistung verknüpft, sondern dienten der allgemeinen Finanzierung des öffentlichen Haushalts.

Der Kantonsrat weist darauf hin, dass Grundbuchgebühren Verwaltungsgebühren seien, die für eine Amtshandlung im Bereich des Grundbuchs erhoben werden. Bei den Grundbuchgebühren handle es sich um sogenannte Gemengsteuern, d.h. um eine Form von Abgaben, welche Charakteristiken der Steuer und der Gebühr in sich vereine. Bei der Festsetzung der Grundbuchgebühren seien daher die bei reinen Gebühren zu beachtenden Grundsätze des Verursacherprinzips, des Kostendeckungsprinzips sowie des Prinzips der wirtschaftlichen Angemessenheit (Äquivalenzprinzip) nicht zwingend anwendbar.

2. Verwaltungsrechtspflegegesetz (Änderung vom 17. August 2015;

Straffung von Rekurs- und Beschwerdeverfahren)

JA (61.26%)

Stimmbeteiligung

60.3%

Im öffentlichen Prozessrecht des Kantons ZH hat – im Gegensatz zum Prozessrecht des Bundes – ausschliesslich der *Beschwerdegegner* das Recht, eine Fristerstreckung zu beantragen. Dem *Beschwerdeführer* ist dies verwehrt. Unter dem Motto: «Gleich lange Spiesse für beide Parteien» soll mit der Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes diese Ungleichbehandlung aufgehoben werden.

Der Kantonsrat empfiehlt, die Gesetzesänderung zu unterstützen; der Regierungsrat lehnt eine Anpassung ab.

Im Unterschied zur Strafprozessordnung und zur Zivilprozessordnung des Bundes ist eine verfahrensrechtliche Gleichbehandlung der beiden Parteien im Verwaltungsrecht des Kantons Zürich nicht gewährleistet: Während die Bürgerin oder der Bürger als Beschwerdeführer an die gesetzten Fristen gebunden sind, wird der kommunalen Exekutive, in der Rolle des Beschwerdegegners, mehr

Zeit eingeräumt. Des Weiteren gilt, dass wenn die Bürgerin bzw. der Bürger gegen einen Entscheid der kommunalen Exekutive rekurrieren möchte, erneut nur eine kurze Frist zur Verfügung steht, um an den Bezirksrat zu gelangen. Dabei erhalten abermals nur die staatlichen Behörden mehr Zeit für ihre Verfahrenshandlungen.

Nach Ansicht der Mehrheit des Kantonsrats ist eine solche Ungleichbehandlung nicht gerechtfertigt. Der Kanton Zürich solle sich deshalb an der Regelung des Bundesrechts orientieren. Zudem Sorge die vorgesehene Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes für eine Beschleunigung der Verfahren, weil die Streitsache bei kürzeren Fristen schneller entschieden werde. Das stärke auch das Vertrauen der Rechtsuchenden in eine funktionierende und effiziente Rechtsanwendung.

Eine Minderheit des Kantonsrats teilt diese Meinung nicht und unterstützt das Kantonsratsreferendum (vgl. oben unter Abstimmungsvorlage Nr. 1). Für sie bedeutet die neue Regelung eine Verletzung der Verfassung und eine Erschwernis der Entscheidfindung. Dazu macht die Kantonsratsminderheit folgende Gründe geltend:

In der Verfassung sei der Grundsatz der Verfahrensfairness verankert. Die vorgesehene Neuregelung im Verwaltungsrechtspflegegesetz würde diesen Grundsatz verletzen, weil sie zu unflexibel sei. Insbesondere bei ausführlichen Rekurs- bzw. Beschwerdeschriften müssten die Parteien genügend Zeit erhalten, um sich mit den oft sehr umfangreichen Tatsachenbehauptungen und Beweismitteln auseinanderzusetzen. Die starre Regelung der Fristen würde diese Fairness nicht gewährleisten und damit gegen die Verfassung verstossen. Daneben wird angeführt, dass im Falle eines Wegfalls der Fristerstreckung unter Umständen die Qualität der Verfahrensschriften abnehme. Vor allem kleinere Gemeinden mit nebenamtlichen Exekutivmitgliedern seien dabei ohne die Möglichkeit der Fristerstreckung überfordert.

Der Regierungsrat schliesst sich den Argumenten der Minderheit im Kantonsrat an und empfiehlt den Stimmberechtigten, die Vorlage abzulehnen. Seiner Meinung nach würden die vorgesehenen Änderungen die Qualität der Rechtspflege und die Fairness der Verfahren erheblich gefährden, statt zu einer wesentlichen Straffung beizutragen.

3. Kantonale Volksinitiative «Für die öffentliche Bildung

(Bildungsinitiative)»

Stimmbeteiligung

NEIN (75.21%)
62.01%

Die Bildungsinitiative fordert, dass der Besuch der öffentlichen Bildungseinrichtungen im Kanton Zürich grundsätzlich kostenlos sein soll. Kantonsrat und Regierungsrat lehnen diese Volksinitiative mit folgenden Argumenten ab.

Der Volksschulunterricht sei bereits heute im Einklang mit der Bundesverfassung unentgeltlich. Für den Besuch der Mittelschulen und der Berufsfachschulen würden keine Schulgelder erhoben. Einzig an den Hochschulen seien Studiengebühren zu zahlen, jedoch seien diese massvoll berechnet und für die Studierenden zumutbar. Für den Kanton Zürich würden hingegen im Falle einer Annahme der Initiative erhebliche Mehrkosten anfallen, wenn er die durch den Wegfall der Studiengebühren entstehenden Beiträge übernehmen müsste.

Das Initiativkomitee macht für die Annahme der Initiative geltend, dass die bestehenden Schulgebühren den Mittelstand belasteten. Als Illustration dieses Arguments führt das Komitee an, dass die Kosten für eine Ausbildung in einer Berufsschule, einem Gymnasium, einer Fachhochschule oder einer Universität stetig steigen würden und mittlerweile so hoch ausfielen, dass Lernende, Studierende und deren Familien in vielen Fällen mehr Gebühren als Steuern bezahlten. Damit führten Bildungsgebühren zu einer Benachteiligung für finanziell schwächere Personen und Familien sowie für

den breiten Mittelstand.

Die Mehrheit des Grossen Rates ist mit diesen Argumenten nicht einverstanden. Es sei zwar ein unbestrittenes Ziel, dass niemand allein wegen fehlender finanzieller Mittel keinen Zugang zu einem Bildungsangebot haben soll. Eine wichtige Rolle im Bildungswesen käme dabei aber den Ausbildungsbeiträgen des Kantons in der Form von Stipendien oder Darlehen zu, die in den nächsten Jahren ausgebaut werden sollen. Ein Verzicht auf die Erhebung von Schulgeldern oder Studiengebühren hätte zur Folge, dass den betroffenen Schulen entweder weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stünden, oder aber der Kanton die Mehrkosten zu tragen hätte. Allein im Hochschulbereich sei mit Mehrkosten von jährlich rund CHF 37 Mio. zu rechnen. Für die Mittel- und Berufsfachschulen würden die Mehrkosten jährlich rund CHF 29 Mio. betragen. Dazu kämen weitere Mehrkosten von rund CHF 50 Mio. aus dem übrigen Berufsbildungsbereich. Schliesslich sei damit zu erwarten, dass vermehrt Studierende aus anderen Kantonen die Bildungseinrichtungen im Kanton besuchen würden, wodurch dem Kanton Zürich zusätzliche Kosten entstünden.

Eine Minderheit des Grossen Rates stimmt ihrerseits der Volksinitiative zu. Obwohl das Bildungswesen des Kantons Zürich vielfältig, durchlässig und bereits heute weitgehend kostenlos sei, gäbe es immer noch erhebliche Hürden, welche den Zugang zu den Bildungsangeboten vor allem für Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen erschwerten. Zu diesen Hürden zählten nach Ansicht der Ratsminderheit die Semestergebühren an den Hochschulen, der Kauf von Lehrmitteln an Mittel- und Berufsfachschulen, das Schulgeld für das 10. Schuljahr sowie der Besuch von kostenpflichtigen Veranstaltungen und Exkursionen.

Für die Befürworterinnen und Befürworter der Initiative steht fest, dass die Demokratie als Ganzes von der Annahme der Initiative profitieren würde. Die Bildung der Bürgerinnen und Bürger sei wichtig, damit sie die politischen Prozesse verstehen und daran teilnehmen könnten. Sie müssten auch bei komplizierten Themen in der Lage sein, sich eine eigene Meinung zu den Sachverhalten zu bilden, um unabhängig entscheiden zu können.

4. Kantonale Volksinitiative zur Durchsetzung der minimalen

Lohn- und Arbeitsbedingungen (Lohndumping-Initiative)

Stimmbeteiligung

NEIN (63.26%)
62.62%

Die Lohndumping-Initiative sieht vor, die Arbeitsmarktaufsicht auf kantonaler Ebene mit einer neuen Zwangsmassnahme zu verschärfen. Nach dem Willen der Initiantinnen und Initianten soll das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) eine umgehende Betriebseinstellung bzw. einen Arbeitsunterbruch anordnen, sofern ihm ein Kontrollorgan einen Verdacht auf Verstösse gegen zwingende Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Verweigerung der Mitwirkung vor Ort anzeigt. Der Regierungsrat weist darauf hin, dass dem Wortlaut der Initiative nach die Schliessung ganzer Betriebsstätten oder Baustellen selbst dann ermöglicht wird, wenn sich der Verdacht nur auf Verfehlungen einzelner Arbeitnehmern oder Unternehmen bezieht.

Ein analoges Gesetz besteht seit dem 14.02.2014 im Kanton BL. Dort waren sich vier Fünftel des Kantonsrats einig, dass dem Lohndumping nur durch ein solches Gesetz ein Riegel vorgeschoben werden kann.

Die Befürworterinnen und Befürworter der Initiative geben an, dass Lohndumping auf Zürcher Baustellen keine Seltenheit sei. Einige besonders krasse Fälle seien erst in den letzten Monaten aufgedeckt worden. Diese hätten gezeigt, dass Löhne von CHF 1'600.- für einen Monat Arbeit auf dem Bau nichts Ungewöhnliches seien und betrügerisches Verhalten ein Ausmass angenommen habe, welches nicht mehr ignoriert werden könne. Die Schadenssumme sei dabei beträchtlich und die Zahl der Betroffenen gross. Für das Lohndumping seien die Auftraggeberinnen und Bauherrschaft, die ohne

Rücksicht auf Recht und Gesetz die Kosten um jeden Preis drücken wollten, für das Lohndumping verantwortlich. In den Augen der Initiantinnen und Initianten haben die bisherigen Kontrollen durch die paritätischen und tripartiten Kommissionen kaum etwas bewirkt. Mit den durch das geltende Gesetz vorgesehenen Massnahmen und Sanktionen (Bussen, Dienstleistungsverbote oder Konventionalstrafen) könne man dem Lohndumping offensichtlich nicht beikommen. Auftraggeber kalkulierten die milden Bussen ein, falls es überhaupt zu solchen kommt. Bis fehlbare Firmen mit den heute vorgesehenen Instrumenten überprüft werden könnten, seien die Firmeninhaber längst über alle Berge oder hätten Konkurs angemeldet. Derweil warteten die betrogenen Arbeiter in ihren Heimatländern auf das ihnen zustehende Geld.

Die kantonalen Behörden führen an, dass Lohndumping im Kanton Zürich kein Massenphänomen sei. Die bestehenden Instrumente seien wirksam und hätten sich bewährt. Lohnunterbietungen würden von den zuständigen Kontrollorganen konsequent geahndet. Die von der Initiative geforderten neuen Zwangsmassnahmen seien damit unnötig und unverhältnismässig, denn der blosser Verdacht auf Verfehlungen einzelner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Unternehmen könnte durch die vorgeschlagene Gesetzesänderung zur Schliessung von ganzen Betrieben oder Baustellen führen. Die Folgen dafür trügen nicht nur die fehlbaren Unternehmen, sondern auch unbeteiligte Dritte wie Auftraggeberinnen und Auftraggeber sowie die Zulieferbetriebe. Aus diesem Grund seien auch Staatshaftungsansprüche nicht ausgeschlossen.

Im Resultat ist die Initiative in den Augen der kantonalen Behörden unnötig und verletzt verfassungsmässig geschützte Rechte wie das Verhältnismässigkeitsprinzip, den Anspruch auf rechtliches Gehör und die Wirtschaftsfreiheit.

Der Kantonsrat hat die Lohndumping-Initiative mit 110 zu 61 Stimmen abgelehnt. Eine beachtliche Minderheit des Kantonsparlamentes hat der Volksinitiative namentlich mit folgenden Argumenten zugestimmt: Lohndumping gefährde ehrliche Unternehmen und Arbeitsplätze, käme insbesondere bei lohnintensiven Branchen des Baunebengewerbes vor, wie bei Gipser- oder Isolationsarbeiten. Einheimische Unternehmen, die ihren Angestellten faire Anstellungsbedingungen böten und anständige Löhne zahlten, gehörten zu den Hauptleidtragenden von Lohndumping. Sie hätten keine Chance gegen die Konkurrenz ausländischer Wettbewerber, welche die Arbeitsrechte mit Füßen träten und ihren Beschäftigten mit 10 Euro pro Stunde oder noch weniger entlöhnten. Damit gefährdeten Dumpinglöhne Arbeitsplätze, bedrohten Lehrstellen und könnten letztlich ganze Unternehmen vernichten.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungszeitung](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)